

FamFG

Verfahrensrecht, Rechtsmittel, Familiensachen, Betreuung, Unterbringung, Nachlasssachen und Kosten

von
Prof. Dr. Walter Zimmermann

Der Autor, Dr. Walter Zimmermann, ist Vizepräsident des Landgerichts Passau, Honorarprofessor an der Universität Regensburg und Autor mehrerer Veröffentlichungen zum Betreuungs- und Unterbringungsrecht, darunter der dtv-Band 5630 »Betreuungsrecht von A - Z«.

2. Auflage

FamFG – Zimmermann

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Freiwillige Gerichtsbarkeit



Verlag C.H. Beck München 2011

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 62561 9

FamFG

Einführung in das familiengerichtliche Verfahren und die freiwillige Gerichtsbarkheit

Verfahrensrecht, Rechtsmittel, Familiensachen,
Betreuung, Unterbringung, Nachlasssachen
und Kosten

2. Auflage

von

Dr. Walter Zimmermann
Vizepräsident des Landgerichts a. D.
Honorarprofessor an der Universität Regensburg



Verlag C. H. Beck München 2011

Verlag C. H. Beck im Internet:
beck.de

ISBN 978 3 406 62561 9

© 2011 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Nomos Verlagsgesellschaft
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Reemers Publishing Services GmbH, Krefeld

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Das deutsche Recht stellt zahlreiche Verfahrensordnungen zur Verfügung: ZPO, FamFG, GBO, LwVG, StPO, VwGO, FGO, SGG usw. Das FamFG wurde durch das Gesetz zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG-Reformgesetz – FGG-RG) vom 17. 12. 2008 (BGBl. I S. 2586) eingeführt und trat am 1. 9. 2009 in Kraft. Das FGG wurde aufgehoben, die Vormundschaftsgerichte wurden abgeschafft, „Betreuungsgerichte“ wurden bei den Amtsgerichten installiert

Das FamFG regelt zwei Komplexe, die an sich nichts miteinander zu tun haben:

- Das Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit;
- Das Verfahren in Familiensachen, in einem Mischverfahren aus FamFG und ZPO.

Zahlreiche Verweisungen auf die ZPO, Ausnahmen und Umbenennungen (z. B. Kindschaftssachen) erschweren das Verständnis des FamFG im familiengerichtlichen Verfahren. Die Gesetzessprache ist anders als im Zivilprozess (statt „Klage“ „Antrag“; statt „Urteil“ „Beschluss“; statt „Prozess“ „Verfahren“; statt „Partei“ „Beteiligter“; statt „Beklagter“ „Antragsgegner“ usw.) und häufig unverbindlich („soll“, „kann“). Außergerichtliche Institutionen werden verstärkt eingeschaltet (Verfahrensbeistände, Mediatoren, Vermittlungsstellen, Beratungsstellen usw).

Die vorliegende Einführung stellt hauptsächlich das allgemeine Verfahrensrecht, Rechtsmittel, Kosten, Vollstreckung, Verfahren mit Auslandsbezug, Familiensachen, Betreuung, Unterbringung, Nachlassverfahren und einige sonstige Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit knapp und möglichst übersichtlich dar. Bei komplizierteren Regelungen sind graphische Übersichten eingefügt. Zahlreiche Beispiele dienen der Veranschaulichung.

Die 1. Auflage erschien unter dem Titel „Das neue FamFG“ und befasste sich hauptsächlich mit den Änderungen gegenüber dem FGG. Die vorliegende 2. Auflage enthält fast nichts mehr über die alte Rechtslage, sondern stellt nur noch das neue Recht in seinen wichtigsten Teilen nach Art eines Grundrisses dar; insofern ist sie wesentlich erweitert und bringt auch schon wichtige neue Rechtsprechung. Die Randnummern der beiden Auflagen stimmen nicht überein.

Passau, im Juni 2011

Walter Zimmermann

beck-shop.de

—

—

—

|

|

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXIII

1. Kapitel. Allgemeines

I. Allgemeine Regelungen	1
1. Der Begriff „freiwillige Gerichtsbarkeit“	1
2. Organe der freiwilligen Gerichtsbarkeit	2
a) Gerichte	2
b) Notare	2
c) Konsuln	3
d) Jugendamt	3
e) Betreuungsbehörden	3
f) Standesämter	3
g) Bürgermeister	3
3. Gesetzliche Regelungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit .	3
4. Anwendungsbereich des FamFG	4
5. Gerichtsverfassungsrecht	4
6. Bindungswirkung von Entscheidungen	4
7. Ausschließung und Ablehnung von Gerichtspersonen ..	5
8. Anwälte; sonstige Bevollmächtigte	6
a) Anwaltsvertretung	6
b) Vertretung durch sonstige bevollmächtigte Personen .	7
c) Ausschluss sonstiger Personen von der Vertretung ...	8
d) Zurückweisung von Nichtanwältinnen	8
e) Nachweis der Bevollmächtigung durch Vollmachten- vorlage	8
9. Beistand	10
10. Verfahrenskostenhilfe	10
a) Anwendungsbereich	11
b) Beiordnung eines Rechtsanwalts	11
c) Auswahl des Anwalts	12
d) Beweisanwalt, Notanwalt	13
e) Umfang der Verfahrenskostenhilfe	13
f) Rechtsmittel	13
11. Gerichtsakten, Akteneinsicht	13
12. Formlose Mitteilung oder Zustellung von Schriftstücken	15
a) Schriftstücke mit Termin-/Fristbestimmung	15
b) Schriftsätze ohne Termins-/Fristbestimmung	16
c) Spezielle Vorschriften	16
13. Fristen	16

14. Wiedereinsetzung	17
a) Voraussetzungen	17
b) Antrag, Frist	18
c) Entscheidung, Rechtsmittel	19
15. Verbindung von Verfahren, Aussetzung von Verfahren ..	19
16. Mitteilungen	20
II. Zuständigkeit der Gerichte	20
1. Sachliche Zuständigkeit	20
2. Örtliche Zuständigkeit	20
3. Internationale Zuständigkeit	21
4. Funktionelle Zuständigkeit; Rechtspfleger	21
5. Verweisung bei Unzuständigkeit	22
6. Abgabe an ein anderes Gericht	23
7. Zuständigkeitsstreit	23
8. Rechtswegestreit	24
III. Beteiligte, Beteiligtenfähigkeit, Verfahrensfähigkeit	24
1. Beteiligte	24
a) Grundfragen	24
b) System des FamFG	25
c) Sonderregelungen	26
d) Wer ist nicht Beteiligter?	27
e) Rechte der Beteiligten	27
f) Informations- und Belehrungspflichten des Gerichts ..	27
g) Ablehnung eines Beiziehungsantrags	28
2. Beteiligtenfähigkeit	28
3. Verfahrensfähigkeit	29
a) Grundlagen	29
b) Verweisung auf die ZPO	30
IV. Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit in erster Instanz .	31
1. Anwendungsbereich der §§ 23 bis 37 FamFG	31
2. Antragsverfahren	31
a) Antragstellung	31
b) Weiterbetrieb des Antragsverfahrens	33
c) Antragsrücknahme	33
d) Kein Weiterbetreiben des Verfahrens	34
3. Von Amts wegen eingeleitete Verfahren	34
4. Allgemeine Verfahrensgrundsätze	34
a) Amtsermittlung	34
b) Wahrheitspflicht der Beteiligten	35
c) Hinweispflichten des Gerichts	35
d) Mündlichkeit	36
e) Protokollierung	36
5. Beweisverfahren	37
a) Freibeweis	37
b) Strengbeweis	39
c) Glaubhaftmachung	40
d) Freie Beweiswürdigung	40
e) Verfahrensleitende Anordnungen	40

6. Anhörung der Beteiligten, Termine	40
a) Allgemeines	40
b) Anordnung des persönlichen Erscheinens eines Beteiligten	41
7. Abschluss eines Vergleichs	42
8. Erledigung der Hauptsache	43
V. Die Entscheidung in erster Instanz	44
1. Anwendungsbereich der §§ 38 bis 48 FamFG	44
2. Entscheidungsform, Inhalt des Beschlusses	44
a) Entscheidungsgrundlagen	44
b) Beschluss, nicht Urteil	44
c) Beschlussrubrum, Tenor	45
d) Begründung des Beschlusses	45
e) Rechtsmittelbelehrung, Rechtsbehelfsbelehrung	46
3. Berichtigung des Beschlusses	46
4. Ergänzung des Beschlusses	47
5. Bindung an die Entscheidung; Abänderung des Beschlusses	47
6. Bekanntgabe des Beschlusses	48
7. Beschlüsse über die Genehmigung eines Rechtsgeschäfts	49
8. Wirksamwerden des Beschlusses	49
9. Wiederaufnahme des Verfahrens	50
10. Gehörsrüge	50
11. Rechtskraft des Beschlusses	51
a) Formelle Rechtskraft	51
b) Materielle Rechtskraft	51
12. Wirksam bleibende Rechtsgeschäfte	51
VI. Einstweilige Anordnungen	52
1. Anwendungsbereich	52
2. Sondervorschriften über einstweilige Anordnungen	52
3. Zulässigkeit der einstweiligen Anordnung	52
4. Zuständigkeiten	54
5. Verfahren bei einstweiliger Anordnung	54
a) Antrag	54
b) Antragsinhalt	55
c) Mündliche Verhandlung	55
6. Das Hauptsacheverfahren	56
a) Einleitung des Hauptsacheverfahrens	56
b) Vereinfachtes Hauptsacheverfahren	57
7. Vollstreckung der einstweiligen Anordnung	57
a) Voraussetzungen der Vollstreckung	57
b) Aussetzung der Vollstreckung	58
8. Aufhebung oder Änderung der Entscheidung	58
a) Allgemeines	58
b) Familiensachen	58
9. Außerkrafttreten der einstweiligen Anordnung	59
a) Allgemeines	59
b) Antragsverfahren	59

c) Feststellung des Außerkraftgetretenseins	59
d) Sonderregelungen	59
10. Rechtsmittel im Verfahren der einstweiligen Anordnung .	60
a) System	60
b) Mündliche Erörterung als Differenzierungsmerkmal ..	61
VII. Rechtsmittel	62
1. Überblick	62
2. Die Beschwerde nach §§ 58 ff. FamFG	63
a) Sondervorschriften, Altfälle	63
b) Statthaftigkeit der Beschwerde	63
c) Beschwerdeberechtigung	64
d) Form, Inhalt und Einlegung der Beschwerde	65
e) Beschwerdewert; Zulassungsbeschwerde	66
f) Beschwerdefrist	68
g) Beschwerdebegründung, neues Vorbringen	70
h) Anschlussbeschwerde	70
i) Rücknahme der Beschwerde; Verzicht	71
j) Beschwerdeverfahren	71
k) Beschwerdeentscheidung	72
l) Erledigung der Hauptsache nach Beschwerdeeinlegung	73
m) Beschwerdegericht	74
3. Die sofortige Beschwerde nach der ZPO	74
4. Die Rechtsbeschwerde	75
a) Abschaffung der weiteren Beschwerde	75
b) Voraussetzungen der Rechtsbeschwerde	75
VIII. Kosten	78
1. Überblick	78
a) Anwendungsbereich	78
b) Definition der Kosten	79
c) Kostenbeziehungen	79
d) Gerichtskosten	79
e) Aufwendungen der Beteiligten	80
f) Rechtsanwaltskosten der Beteiligten	80
2. Die Kostengrundentscheidung	81
a) Recht und Pflicht zur Kostenentscheidung	81
b) Unstatthafte Kostenentscheidungen	81
c) Inhalt der Kostenentscheidung	81
d) Zeitpunkt der Kostenentscheidung	82
e) Absehen von Gerichtskostenerhebung	82
f) Unrichtige Sachbehandlung	83
g) Pflicht zur Kostenentscheidung in Familiensachen ...	83
3. Kostenerstattung nach billigem Ermessen	83
a) Allgemeines	83
b) Beteiligte	84
c) Grundsätze der Ermessensausübung	85
d) Erledigung der Hauptsache	85
e) Beendigung des Verfahrens durch Vergleich	86

<i>Inhaltsverzeichnis</i>		XI
4. Regelbeispiele für Billigkeit der Kostenauflegung	87	
a) Anlass für das Verfahren	87	
b) Aussichtsloser Antrag	87	
c) Unwahre Angaben	87	
d) Verletzen von Mitwirkungspflichten	87	
e) Verstoß gegen Beratungsaufgabe	88	
5. Minderjährige Beteiligte	88	
6. Kostenauflegung auf einen Dritten	88	
7. Kostenfestsetzung	88	
8. Anfechtung der Kostenentscheidung	89	
9. Rechtsmittelkosten	90	
a) Beschwerdegericht	90	
b) Kostenentscheidung bei erfolgreichem Rechtsmittel	90	
c) Kostenentscheidung bei erfolglosem Rechtsmittel	90	
d) Kostenentscheidung bei Zurücknahme des Rechtsmittels	91	
e) Gläubiger, Schuldner der Kostenerstattung	91	
IX. Vollstreckung	91	
1. Das System	91	
2. Vollstreckung verfahrensleitender Anordnungen	92	
a) Vornahme oder Unterlassung einer Handlung	92	
b) Herausgabe einer Sache oder Vornahme einer vertretbaren Handlung	93	
c) Zwangsgeld/Ordnungsgeld	94	
d) Rechtsmittel	94	
3. Vollstreckung verfahrensabschließender Entscheidungen	94	
a) Allgemeines	95	
b) Herausgabe von Personen und Regelung des Umgangs	96	
4. Vollstreckung nach der ZPO	99	
a) Allgemeines	99	
b) Gewaltschutzgesetz, Ehewohnungssachen	100	
c) Vollstreckung in Abstammungssachen	101	
5. Vollstreckung in Ehesachen und Familienstreitsachen	101	
X. Verfahren mit Auslandsbezug	102	
1. Vorrang der Staatsverträge, EU/EG-Rechtsakte	102	
2. Internationale Zuständigkeit	103	
a) Ehesachen	103	
b) Betreuung, Unterbringung, Pflegschaft für Erwachsene	104	
c) Nachlasssachen	104	
d) Keine ausschließliche Zuständigkeit	104	
3. Anerkennung ausländischer Entscheidungen	105	
a) Ehesachen (Scheidung etc.)	105	
b) Andere Entscheidungen	106	
4. Vollstreckbarkeit ausländischer Entscheidungen	108	

2. Kapitel. Verfahren in Familiensachen

I. Allgemeines	111
1. Definition der Familiensachen	111
2. Familienstreitsachen	112
3. Auf Familienstreitsachen anzuwendende Vorschriften	114
4. Vertretung durch Rechtsanwälte	116
5. Verfahren; Angriffs- und Verteidigungsmittel	117
6. Versäumnisentscheidungen	117
7. Entscheidung, Wirksamwerden, Vollstreckung	117
8. Einstweilige Anordnungen	118
9. Arrest, einstweilige Verfügung	118
10. Rechtsmittel	119
a) Beschwerde	119
b) Rechtsbeschwerde	120
c) Fristversäumung	120
d) Einstweilige Anordnungen	120
e) Entscheidungen des Rechtspflegers	121
f) Wiederaufnahme eines rechtskräftig abgeschlossenen Verfahrens	121
II. Verfahren in Ehesachen	121
1. Definition; Systematik der Regelung	121
2. Anwendbare Vorschriften in Ehesachen	121
3. Zuständigkeiten	122
4. Scheidungsantrag	123
5. Verfahrensfähigkeit	123
6. Verfahrensregelungen	123
III. Verfahren in Scheidungs- und Folgesachen	124
1. Inhalt der Antragschrift	124
2. Zustimmung des Antragsgegners zur Scheidung	125
3. Verfahrensfragen	125
a) Aussetzung des Verfahrens	126
b) Anwälte	126
c) Weitere Beteiligte	126
d) Umfang der Verfahrenskostenhilfe	126
4. Verbund von Scheidungs- und Folgesachen	127
5. Abtrennung von Folgesachen	128
6. Entscheidung und Rechtsmittel	130
a) Rechtskraft des Scheidungsausspruchs	130
b) Beschwerde	130
c) Versäumnisentscheidung	130
d) Befristung der Rechtsmittelerweiterung	131
e) Kosten in Scheidungs- und Folgesachen	131
IV. Verfahren in Kindschaftssachen	132
1. Definition	132
2. Örtliche Zuständigkeit	133
3. Vorrang- und Beschleunigungsgebot	133
4. Einvernehmen, Beratung, Mediation, Vergleich	133

5. Verfahren bei Kindeswohlgefährdung	134
6. Bestellung eines Verfahrensbeistands	134
a) Voraussetzungen	135
b) Stellung und Aufgaben des Verfahrensbeistands	136
c) Vergütung des Verfahrensbeistandes	137
7. Anhörung von Kind und Eltern	138
a) Anhörung des Kindes	138
b) Anhörung der Eltern	138
8. Mitwirkung der Pflegeperson, des Jugendamts	138
9. Gutachten	139
10. Bekanntgabe; Vermittlungsverfahren; Abänderung	139
11. Geschlossene Unterbringung Minderjähriger	140
12. Vergütungsfestsetzungsverfahren	141
V. Verfahren in Abstammungssachen	142
1. Definition	142
2. Zuständigkeit, Antrag, Beteiligte, Beistand	143
3. Anhörungen, Sachverständigengutachten	143
4. Inhalt des Beschlusses, Kosten, Rechtsmittel	144
5. Wiederaufnahme des Verfahrens	145
VI. Verfahren in Adoptionssachen	145
VII. Verfahren in Ehewohnungs- und Haushaltssachen	146
1. Definitionen	146
2. Zuständigkeit	146
3. Antrag	146
4. Beteiligte	146
5. Besondere Vorschriften in Haushaltssachen	147
6. Entscheidung, Beschwerde	148
VIII. Verfahren in Gewaltschutzsachen	149
1. Allgemeines	149
2. Voraussetzungen der einstweiligen Anordnung	149
IX. Verfahren in Versorgungsausgleichssachen	150
X. Verfahren in Unterhaltssachen	151
1. Definition, Unterteilung, Verfahren	151
2. Örtliche Zuständigkeit	153
a) Ehegatten und Kindesunterhalt bei Anhängigkeit einer Ehesache	153
b) Kindesunterhalt	153
c) Vorrang von § 232 Abs. 1 FamFG	154
d) Wahlgerichtsstände in isolierten Unterhaltssachen	154
3. Vertretung eines Kindes durch einen Beistand	154
4. Bezifferung des Antrags, Auskunftspflicht der Beteiligten	155
5. Auskunftspflicht Dritter gegenüber dem Gericht	156
6. Unterhalt bei Feststellung der Vaterschaft	156
7. Abänderung von Unterhaltsentscheidungen	157
a) Zulässigkeit des Abänderungsantrags	157
b) Präkludierte Tatsachen	157
c) Zeitgrenze	158
d) Begründetheit des Antrags	158

e) Verschärfte Haftung	158
f) Einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung	158
g) Konkurrenz mit § 767 ZPO	159
8. Abänderung von Vergleichen und Urkunden	159
9. Abänderung von Entscheidungen nach den §§ 237 und 253 FamFG	159
10. Kostenentscheidung nach billigem Ermessen	160
11. Einstweilige Anordnungen auf Unterhalt	160
a) Gewöhnliche Unterhaltszahlungen	160
b) Sonderfälle	162
12. Vereinfachtes Verfahren über den Unterhalt Minder- jähriger	162
XI. Verfahren in Güterrechtssachen	162
XII. Verfahren in sonstigen Familiensachen	163
1. Definition	163
a) Sonstige Familiensachen, die Familienstreitsachen sind	163
b) Sonstige Familiensachen, die keine Familienstreit- sachen sind	165
2. Zuständigkeit	165
XIII. Verfahren in Lebenspartnerschaftssachen	166
1. Definitionen	166
2. Anwendbare Vorschriften	166
3. Kapitel. Verfahren in Betreuungs- und Unterbringungssachen	
I. Verfahren in Betreuungssachen	167
1. Definition der Betreuungssachen	167
2. Zuständigkeiten	167
a) Sachliche Zuständigkeit	167
b) Örtliche Zuständigkeit	167
c) Internationale Zuständigkeit	168
d) Funktionelle Zuständigkeit	168
3. Beteiligte	170
a) Muss-Beteiligte	170
b) Kann-Beteiligte	171
4. Verfahrensfähigkeit des Betroffenen	172
5. Bestellung eines Verfahrenspflegers	172
6. Vergütung und Aufwendungsersatz des Verfahrens- pflegers	173
7. Anhörung des Betroffenen	174
8. Zwangsanhörung des Betroffenen; Vorführung	175
9. Sonstige Anhörungen	176
10. Einholung von Gutachten	176
11. Zwangsbegutachtung	177
a) Vorführung beim Sachverständigen	177
b) Unterbringung zur Begutachtung	178
12. Ärztliches Zeugnis	178

13. Ablieferung von Betreuungsverfügungen und Vorsorgevollmachten	179
14. Entscheidung des Betreuungsgerichts	179
a) Inhalt der Beschlussformel	180
b) Kosten	180
c) Wirksamwerden der Beschlüsse	181
d) Bekanntgabe der Beschlüsse	182
e) Verpflichtung, Ausweis, Mitteilungen	182
15. Entscheidung durch einstweilige Anordnung	183
a) Struktur der einstweiligen Anordnung	183
b) Voraussetzungen einer einstweiligen Anordnung	183
c) Dauer der einstweiligen Anordnung	185
d) Rechtsmittel bei einstweiligen Anordnungen	185
16. Auswahl des Betreuers; Verein oder Behörde als Betreuer	186
17. Vergütung und Aufwendungsersatz des Betreuers	186
18. Rechtsmittel	186
a) Beschwerde	186
b) Beschwerdewert	187
c) Beschwerdeberechtigung	187
d) Einlegung der Beschwerde	189
e) Beschwerdegericht	190
f) Feststellung der Rechtswidrigkeit	190
g) Sofortige Beschwerde nach der ZPO	190
h) Erinnerung gegen Entscheidungen des Rechtspflegers	190
i) Rechtsbeschwerde	190
19. Erweiterung von Betreuung/Einwilligungsvorbehalt	191
20. Aufhebung bzw. Änderung von Betreuung/Einwilligungsvorbehalt	191
21. Verlängerung von Betreuung/Einwilligungsvorbehalt	192
22. Entlassung des Betreuers	193
23. Sterilisation des/der Betreuten	193
24. Gesundheitsmaßnahmen beim Betreuten	193
25. Verfahren vor Genehmigung in sonstigen Fällen	195
26. Wirksamkeit von Geschäften bei Aufhebung des Einwilligungsvorbehalts	195
27. Stellung des Vorsorgebevollmächtigten	195
II. Verfahren in Unterbringungssachen	196
1. Definition der Unterbringungssachen	196
2. Zuständigkeiten	196
a) Sachliche Zuständigkeit	196
b) Örtliche Zuständigkeit	197
c) Internationale Zuständigkeit	198
d) Funktionelle Zuständigkeit	198
3. Beteiligte in Unterbringungssachen	198
a) Muss-Beteiligte	198
b) Beteiligte Behörde	199
c) Kann-Beteiligte	199
d) Landesrecht	200

4. Verfahrensfähigkeit	200
5. Verfahrenspfleger	200
a) Voraussetzungen und Folgen der Bestellung eines Verfahrenspflegers	200
b) Vergütung	201
6. Anhörungen	202
a) Anhörung des Betroffenen	202
b) Anhörung der sonstigen Beteiligten	202
7. Sachverständigengutachten	202
8. Inhalt des Beschlusses	203
a) Stattgebende Entscheidung	203
b) Ablehnung	204
c) Kostenentscheidung	204
9. Wirksamwerden von Beschlüssen	204
10. Bekanntgabe der Entscheidung	205
11. Vollziehung der Unterbringungsmaßnahme	205
a) Durchführung des Vollzugs	205
b) Regelung von Vollzugsangelegenheiten	206
c) Aussetzung des Vollzugs	206
12. Dauer und Verlängerung der Unterbringung	207
13. Aufhebung der Unterbringung	207
14. Eilmaßnahmen bei der Unterbringung	207
a) Struktur der einstweiligen Anordnung	208
b) Voraussetzungen der gewöhnlichen einstweiligen Anordnung	208
c) Voraussetzungen der einstweiligen Anordnung bei gesteigerter Dringlichkeit	208
d) Dauer der einstweiligen Anordnung	208
e) Einstweilige Maßregeln	209
15. Rechtsmittel	209
a) Beschwerde	209
b) Frist	209
c) Beschwerdeberechtigung	209
d) Einlegung der Beschwerde	211
e) Beschwerdegericht	211
f) Feststellung der Rechtswidrigkeit	211
g) Sofortige Beschwerde nach der ZPO	211
h) Rechtsbeschwerde	211
16. Mitteilung der Entscheidungen	212
III. Verfahren in betreuungsgerichtlichen Zuweisungssachen ...	212
1. Begriff und Systematik	212
2. Zuständigkeit	213

4. Kapitel. Verfahren in Nachlass- und Teilungssachen

I. Definition der Nachlass- und Teilungssachen	215
II. Zuständigkeiten in Nachlass- und Teilungssachen	216
1. Zuständigkeit im Allgemeinen	216
a) Sachliche Zuständigkeit	216
b) Örtliche Zuständigkeit	217
c) Internationale Zuständigkeit	219
2. Besondere örtliche Zuständigkeiten	220
a) Besondere amtliche Verwahrung von Testamenten ...	220
b) Erneute amtliche Verwahrung eines gemeinschaftlichen Testaments	220
c) Amtliche Verwahrung von Erbverträgen	220
d) Sicherung des Nachlasses	221
e) Auseinandersetzung des Gesamtguts einer Güter- gemeinschaft	221
f) Zuständigkeit für die Eröffnung einer letztwilligen Verfügung	221
g) Zuständigkeit für die Entgegennahme einer Aus- schlagungserklärung	222
III. Verfahren in Nachlasssachen	222
1. Beteiligte bestimmter Nachlassverfahren	222
a) Beteiligte im Erbscheinserteilungsverfahren	223
b) Beteiligte bei Erteilung sonstiger Zeugnisse des Nachlassgerichts	224
c) Beteiligte bei Ernennung eines Testamentsvollstreckers	225
d) Beteiligte im Verfahren der Erteilung eines Testaments- vollstreckerzeugnisses	226
e) Beteiligte in sonstigen Antrags – Nachlassverfahren ..	228
2. Verwahrung von letztwilligen Verfügungen	233
a) Verfahren bei besonderer amtlicher Verwahrung	233
b) Mitteilung und Registrierung der Verwahrung	233
3. Eröffnung von Verfügungen von Todes wegen	234
a) Eröffnung durch das Nachlassgericht	234
b) Eröffnung durch ein anderes Gericht	237
4. Eröffnung von gemeinschaftlichen Testamenten und Erbverträgen	237
5. Fristüberwachung bei amtlich verwahrten letztwilligen Verfügungen	238
6. Erbscheinsanträge	239
a) Voraussetzungen der Erteilung eines Erbscheins	239
b) Ermittlungen des Nachlassgerichts	243
c) Entscheidung des Nachlassgerichts	243
d) Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Nachlass- gerichts	247
7. Einziehung und Kraftloserklärung von Erbscheinen	248
a) Allgemeines	248
b) Verfahren und Entscheidung	248

c) Rechtsmittel bei Einziehung	249
d) Kraftloserklärung des Erbscheins	250
e) Rechtsmittel bei Kraftloserklärung	250
8. Einziehung und Kraftloserklärung von sonstigen Zeugnissen	251
9. Besonderheiten bei Testamentsvollstreckung	251
a) Fristsetzung zur Bestimmung eines Testaments- vollstreckers	251
b) Fristsetzung zur Erklärung über die Annahme des Amtes	251
c) Rechtsmittel in den Fällen des § 355 Abs. 1 FamFG ..	252
d) Mehrere Testamentsvollstrecker	252
e) Außerkraftsetzung letztwilliger Verwaltungs- anordnungen des Erblassers	253
f) Sonstige Entscheidungen in Angelegenheiten der Testamentsvollstreckung	253
10. Mitteilungspflichten, wenn ein Kind „geerbt“ hat	253
11. Akteneinsicht, Erteilung von Ausfertigungen	254
a) Einsicht in Testamente, Erbverträge, Nachlassakten ..	254
b) Erteilung von Ausfertigungen	255
12. Ablieferung von Testamenten	256
13. Besonderheiten bei Nachlassverwaltung	256
14. Bestimmung einer Inventarfrist	258
15. Eidesstattliche Versicherung	258
a) Zweck	258
b) Unterschiedliche Rechtsgrundlagen	259
c) Verfahren	259
d) Folgen der Nichtabgabe	259
e) Klärung durch Prozess	259
16. Stundung des Pflichtteils	260
IV. Verfahren in Teilungssachen	260
5. Kapitel. Registersachen, unternehmensrechtliche Verfahren	
I. Zuständigkeit	263
II. Registersachen	263
6. Kapitel. Weitere Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit	
7. Kapitel. Freiheitsentziehungssachen, Abschiebungshaft	
I. Anwendungsbereich	267
II. Einzelbestimmungen	267
1. Definition der Freiheitsentziehung	267
2. Zuständigkeiten	268
3. Verfahren	268
a) Anordnung der Freiheitsentziehung	269
b) Aufhebung der Freiheitsentziehung	270
c) Ablehnung des Antrags der Behörde	270

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XIX
d) Rechtswidrigkeitsfeststellung	270
e) Einstweilige Anordnungen	271
4. Rechtsmittel	271
8. Kapitel. Aufgebotssachen	
9. Kapitel. Gerichts- und Anwaltskosten	
I. Übersicht	275
II. Regelungen im FamGKG nebst RVG	275
1. Allgemeine Vorschriften	275
2. Verfahrenswerte	276
a) Scheidung	276
b) Verbundverfahren	277
c) Einzelne Verfahren	277
3. Kostenverzeichnis zum FamGKG	278
4. Anwaltsgebühren	278
III. Regelungen in der KostO nebst RVG	279
1. Gerichte	279
2. Notare	279
3. Rechtsanwaltsgebühren	279
10. Kapitel. Übergangsrecht	
Sachregister	283

beck-shop.de

—

—

—

|

|